



Adliswilereien

Informationen aus dem Gemeinderat

Sitzung vom Mittwoch, 6. April 2022

Von Wolfgang Liedtke

Nach den Gemeinderatswahlen beginnt die neue Legislaturperiode mit der Sitzung des Gemeinderates am 4. Mai 2022. Aus diesem Grund war am 6. April die letzte Sitzung unter der Leitung des amtierenden Gemeinderatspräsidenten, in der auch die ausscheidenden Gemeinderatsmitglieder verabschiedet wurden.

Erklärungen und Mitteilungen

Stadtpräsident Farid Zeroual (Mitte) stellte den Legislaturbericht des Stadtrates vor. Ausserdem kommentierte er den Beschluss des Bezirksrates zu seiner Aufsichtsbeschwerde gegen den Grossen Gemeinderat, der ihm Recht gab. Es ging dabei um eine Motion zu einer Wirtschaftsstrategie, die nach Auffassung des Stadtrates in seine Kompetenzen eingriff. Bedauerlicherweise konnte der Präsident des Grossen Gemeinderates keine Stellung dazu nehmen, da ihm der Beschluss noch nicht vorlag.

Fragestunde

Baustelle Sanierung Zopfstrasse/Bodenacker – Kosten einer Interpellation - Finanzielle Auswirkungen Überbauung Isengrund – Parkplätze Tiefgarage Busbahnhof – Veröffentlichung der Informationen zu den Wahlergebnissen – Deutschkurse für Ukrainer/innen – Gewerbeareal Tüfi

Zunächst wurden mehrere Fragen aus vergangenen Sitzungen beantwortet. Kanny Muthuthamby (SP) hatte sich erkundigt, wer die Kosten für ein nochmaliges Aufreissen der Strasse an der Baustelle Zopfstrasse/Bodenacker übernehmen müsse. Stadträtin Carmen Marty Fässler (SP) informierte darüber, dass der Grund ein Fehler einer Baufirma war und diese die Kosten von ca. 5200 Franken auch selbst trage.

Zur Frage von Daniela Eggenberger (SVP) nach den Kosten einer Interpellation (ein beliebtes Thema in der SVP) erläuterte Stadtpräsident Farid Zeroual (Mitte), dass der Aufwand von wenigen Stunden zu mehreren Tagen reichen könnte.

Mario Senn (FDP) hatte sich auf den Gestaltungsplan Isengrund bezogen und festgestellt, dass die 17 zusätzlichen Wohnungen dazu führen würden, dass es mehr Schulkinder für das Schulhaus Werd geben werde. Stadtrat Felix Keller (parteilos) legte nun dar, dass es durch die geplanten zusätzlichen Wohnungen eine geschätzte jährliche Steuereinnahme von ca. 128'000 Franken gebe, die Schulplätze für die schätzungsweise fünf zusätzlichen Schulkinder jährlich etwa 100'000 Franken kosten würden.

Die Frage von Sebastian Huber (SVP) nach den Taxiparkplätzen in der neuen Tiefgarage unter dem Busbahnhof beantwortete Stadträtin Susi Senn (FDP) dahingehend, dass die Vergabe der vier Parkplätze an private Taxiunternehmen nach einem aufwendigen Verfahren abliefe, das voraussichtlich Mitte des Jahres abgeschlossen sein wird. Damit waren die Fragen aus den vorherigen Sitzungen beantwortet.

Silvia Helbling (FDP) erkundigte sich, warum die Bekanntgabe der Wahlergebnisse bei den Gemeindewahlen am 27. März bis fast 17 Uhr dauerte und man nicht vorher schon Zwischenresultate publiziert habe. Stadtpräsident Farid Zeroual (Mitte) erklärte, dass man sich darauf festgelegt habe, die Bekanntgabe der Ergebnisse erst nach Abschluss der Auszählungen vorzunehmen, um keine falschen Signale zu geben. Er argumentierte, dies sei vor allem für die Kandidaten für Stadtrat und Schulpflege wichtig, und zählte Ereignisse aus anderen Gemeinden auf, wo bei Nachzählungen vorher als gewählt bezeichnete Personen nicht mehr gewählt waren.

Angelika Sulser (SP) wollte wissen, ob Adliswil den hier untergebrachten ukrainischen Flüchtlinge Deutschkurse anbieten würde. Stadtrat Renato Günthardt (SVP) erläuterte, dass Adliswil wegen des Auffanglagers keine Flüchtlinge zugewiesen bekommen, es aber private Unterbringungen in Adliswil gebe und die Stadt Zürich auch ukrainische Flüchtlinge in Buttenau untergebracht habe. Zurzeit seien 25 ukrainische Kinder und Jugendliche in Adliswil, für die Deutsch- und Integrationskurse an den Schulen angeboten würden. Für Erwachsene stehe ein Angebot an unterschiedlichen Deutschkursen des Kantons zur Verfügung.

Bernie Corrodi (FW) bezog sich auf Lärmbeschwerden aus der Umgebung der Tüfi und erkundigte sich nach der Dauer des laufenden Mietvertrages der Firma Stalder sowie nach einer etwaigen Verlängerung des Vertrages. Stadtrat Felix Keller (parteilos) betonte, dass dem Stadtrat die Situation in der Tüfi bekannt sei, und erläuterte die bestehenden Empfehlungen an die Anwohner. Er informierte darüber, dass der Mietvertrag Ende 2023 auslaufe und dass keine Verlängerung geplant sei. Er machte aber darauf aufmerksam, dass es sich um ein Areal in einer Gewerbezone handle. Eine Änderung der Rahmenbedingungen sei nur durch eine Anpassung der Bauzonenordnung möglich. Dann müsse aber die Frage gestellt werden, welche Ersatzflächen dem Gewerbe angeboten werden können.

Mehrwertausgleich – Teilrevision der Bauzonenordnung und Festsetzung eines Fondsreglements

Seit Anfang 2021 gibt es im Kanton Zürich eine gesetzliche Grundlage (Mehrwertausgleichsgesetz, MAG) zur Erhebung einer Mehrwertabgabe bei Auf- und Umzonungen sowie bei Planungsvorteilen im Rahmen von Sondernutzungsplanungen. Planungsmassnahmen wie Ein-, Auf- oder Umzonungen sowie Sondernutzungsplanungen können erhebliche Mehrwerte bewirken, ohne dass die Eigentümerinnen und Eigentümer eine Leistung dafür erbringen müssen. Durch die Zunahme an Einwohnerinnen und Einwohner werden die Stadt und damit auch die Steuerzahlenden mit Infrastrukturkosten belastet: Ausbau öffentlicher Verkehr, Strassen, Schulen, Grünflächen etc. Mit dem Mehrwertausgleich sollen sich Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer, welche von den oben genannten Planungsmassnahmen profitieren, an den Kosten der Stadt beteiligen. Die Mehrwertabgaben fliessen in einen Fonds. Die Gemeinden können einen Abgabesatz auf den Mehrwert festsetzen, der zwischen 0 % und 40 % liegen kann. Ausserdem muss sie festlegen, ab welcher Grundstücksgrösse (zwischen 1200 und 2000 m²) und ab welchem Mehrwert der Mehrwertausgleich erhoben werden kann. Der Stadtrat hatte als Abgabesatz 20 %, als Freifläche 2000 m² und als Bezugswert den um CHF 100'000 reduzierten Mehrwert vorgeschlagen. Mit dem tiefen Abgabesatz würde Adliswil in einer Minderheit sein, die meisten Gemeinden haben Sätze in Höhe von 30 % oder 40 % definiert. Aus diesem Grunde wurde zwischen den Fraktionen seit Monaten über die richtige Einstufung des Abgabesatzes diskutiert. Die SP hatte sich für 40 % ausgesprochen, konnte dafür aber keine Mehrheit finden. Die Freifläche von 2000 m² war hingegen unbestritten, damit nicht kleine Mehrwertabgabebeträge grossen Verwaltungsaufwand verursachten.

Die Rechnungsprüfungskommission (RPK) hatte in der Mehrheit den Abgabesatz des Stadtrates von 20 % befürwortet. Es gab einen Minderheitsantrag für 30 % von Walter Uebersax (Mitte) und Bernie Corrodi (FW) sowie einen Minderheitsantrag für 40 % von Esen Yilmaz (SP). Für die RPK erläuterte Silvia Helbling (FDP) den Mehrheitsantrag der Kommission und begründete den tiefen MAG-Satz damit, dass Vermieter die höhere Abgabe auf die Mieter überwälzen würden. Der RPK lag allerdings eine Studie von Wüest und Partner vor, die festhielt, dass ein Einfluss des MAG Abgabesatzes auf die Höhe der Mietzinsen unwahrscheinlich sei.

Bernie Corrodi (FW) vertrat den Minderheitsantrag auf 30 % mit dem Argument, dass ein Abgabesatz von 40 % eine Mietzinserhöhung von 100 Franken im Monat bedeuten könnte. Der Satz von 30 % wäre ein Kompromiss, der sowohl den Mietern als auch den Investoren etwas bringe. Esen Yilmaz (SP) vertrat die Sicht der SP-Fraktion mit den folgenden Worten: *Der Kommunale Mehrwertausgleich und die Festsetzung des Reglements zum kommunalen*

Mehrwertausgleich dienen beide der «Nachhaltigkeit in der Bodennutzung und Förderung der Siedlungsentwicklung nach innen». D.h. sie schützen den vorhandenen Boden und verhindern somit die Versiegelung weiteren Bodens. Innerhalb der RPK war es nicht ganz einfach für alle beteiligten Interessensgruppen den besten Weg zu finden. Aber bis auf den «Satz der Mehrwertabgabe» hat die Kommission sich einigen können und alle Interessen scheinen somit bewahrt zu sein.

Erklären möchte ich aber die Wichtigkeit der Mehrwertabgabe und vor allem die Höhe des Satzes, «welcher lieber hoch als tief sein sollte» mit folgendem Zitat: «Wir sind es den nachfolgenden Generationen schuldig, ihnen eine lebenswerte Welt zu hinterlassen und ihnen ihre Entwicklungsmöglichkeiten nicht zu 'verbauen'. Dennoch muss auch den aktuellen Erdenbewohnern – also uns allen – ein zureichender Entfaltungsspielraum zugestanden werden, will man nicht sämtliche Entwicklungsmöglichkeiten im Keime ersticken. Unter diesen Vorzeichen ist es keine einfache Aufgabe, eine Balance zu finden zwischen den Interessen unserer Nachkommen und den Interessen der aktuell lebenden Generation. Nicht selten obsiegen die kurzfristigen, gleichzeitig aber auch kurzsichtigen Interessen. Dies akzentuiert sich dann, wenn es um eine endliche Ressource wie den Boden geht.

Nun, liebe Kolleginnen und Kollegen des Rates: Bereits von Verfassung wegen ist es vor allem Sache des Raumplanungsrechts, für eine haushälterische und nachhaltige Nutzung der begrenzten Ressource Boden und damit auch eine Berücksichtigung sämtlicher auf dem Spiel stehender Interessen zu sorgen. Es wäre nur richtig, wenn ein kommerzieller Investor, der seine maximale Rendite und nicht das Wohl Adliswils und deren Einwohner im Blick hat, sich auch an den Kosten seiner Renditebauten mittels MAG beteiligt. Schliesslich hat der kommerzielle Investor nur eines im Blick: die maximale Rendite. Dieser möchte also nur Geld verdienen und die Bürger sollen für dessen Vorinvestitionen wie Tiefbau und anschliessenden Betriebskosten wie u.a. Leitungssanierung, Schulen, Turnhallen, Kindergärten, Verkehr und Umweltbelastung aufkommen. Genau das sollten wir heute im Rat verhindern und für die heutige und auch die nachkommende Generation sorgen. Die SP-Fraktion empfiehlt die Ablehnung des Antrages des Stadtrates und der Annahme des RPK-Antrages ausser dem Satz der Mehrwertabgabe.

Daniel Schneider stellte rhetorisch die Frage, wieso man auf eine maximale Abgabe verzichten und tiefere Abgaben akzeptieren soll? Er teilte mit, dass die grüne Fraktion im Sinne eines Kompromisses für den Satz von 30 % stimmen werde.

Marion Senn (FDP) leitete mit seinem aktuellen Lieblingsthemen – die von Zuzüglern für die Allgemeinheit verursachten Kosten und die hohen Kosten der Siedlungsverdichtung – und argumentierte, dass die Mehrwertgaben nicht kostendeckend und nur einmalige Einnahmen seien, deren Verwendungszweck zudem eingeschränkt sei. Ausserdem wiederholte er das unrichtige Argument, die Mehrwertabgabe würde auf die Mieter überwältzt. Er warf der SP (wie häufig) Klassenkampf und ausserdem «Investoren-Bashing» vor und sprach sich gegen eine «Mehrwertabzocke» aus, die Adliswil zu einer «Hochsteuergemeinde» machen würde.

In der Detailberatung zog Esen Yilmaz (SP) seinen Minderheitsantrag auf 40 % zurück, um eine Mehrheit gegen den tiefen Satz von 20 % zu ermöglichen. Der MAG-Satz von 30 % wurde schliesslich knapp mit 16 zu 15 Stimmen (also gegen die Stimmen von FDP und SVP) angenommen.

Für die Verwendung der Mehrwertabgaben muss ein Fondsreglement erlassen werden. Der Stadtrat hatte sich auf ein Muster-Reglement des Kantons gestützt, so dass die Bestimmungen des vorgeschlagenen Reglements grösstenteils unbestritten waren. Diskussion gab es bei der Auflistung der Massnahmen, für welche Gelder aus dem Fonds beantragt werden können. Der Stadtrat hatte den Zusatz «Liste nicht abschliessend» vorgeschlagen, um flexibel auf Anträge auf Fondsgelder reagieren zu können. Die Rechnungsprüfungskommission wollte hingegen diesen Zusatz streichen und Anpassungen der Liste jeweils dem Grossen Gemeinderat vorlegen. Angelika Sulser (SP) unterstützte im Namen der SP den Antrag des Stadtrates. Mario Senn (FDP) äusserte staatspolitische Bedenken wegen einer Schwächung des Gemeinderates und bevorzugte eine breite politische Debatte bei einer Anpassung der Liste der zu fördernden Massnahmen. Ann-Kathrin Biagioli (GLP) unterstützte den Antrag des

Stadtrates, die Liste als nicht abschliessend zu bezeichnen, und wies darauf hin, dass die Formulierungen ohnehin sehr offen gewählt und nicht Ergebnis eines Willensprozesses des Gemeinderates seien, sondern «Copy/Paste» einer kantonalen Vorlage. Schliesslich wurde jedoch der Antrag der RPK, die Liste als abschliessend zu führen, mit überwältigender Mehrheit angenommen. Ein Änderungsantrag der Grünen, bei Massnahmen zur Verbesserung der Zugänglichkeit von Haltestellen und von öffentlichen Einrichtungen den Zusatz «insbesondere mit Rad- und Fusswegen» aufzunehmen, wurde von der SP unterstützt, aber mit grosser Mehrheit abgelehnt. Das Fondsreglement wurde abschliessend einstimmig angenommen.

Bericht der Geschäftsprüfungskommission zur Oberaufsicht

Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist verpflichtet, einmal jährlich einen Bericht über ihre Massnahmen und Erkenntnisse im Rahmen der Oberaufsicht abzugeben. Im diesjährigen Bericht bescheinigte die GPK den Ressorts Werbetriebe, Sicherheit/Gesundheit/Sport und Bildung ein funktionierendes Risikomanagement, kritisierte jedoch den organisatorischen Zustand der städtischen Pensionskasse sowie das Unterlassen von öffentlichen Ausschreibungen bei der Vermittlung von Versicherungsverträgen. In den beiden letztgenannten Punkten wurde die Finanzvorsteherin Karin Fein (FW) kritisiert und sie reagierte in der von ihr bekannten Weise auf diese Kritik. Mit einer Mischung von Unwahrheiten und Verdrehung der Fakten versuchte sie, die Ergebnisse der Untersuchungen der GPK in Zweifel zu ziehen. In einer Replik stellte das GPK-Mitglied Gabriel Mäder (GLP) einige Punkte richtig, worauf Karin Fein – was sehr ungewöhnlich ist – als Stadträtin ein weiteres Mal das Wort ergriff. Esen Yilmaz (SP) griff in die Debatte ein und kritisierte, dass die RPK bisher keine Stellungnahme des Finanzressorts zu ihrer Kritik an der Vergabepaxis bei den Versicherungsbeiträgen erhalten hat.

Förderung und Schutz der Artenvielfalt

Mit einem Postulat baten Gemeinderäte der Grünen, der Mitte und der GLP den Stadtrat aufzuzeigen, mit welchen Massnahmen man die Artenvielfalt im Siedlungsgebiet schützen kann. Der Stadtrat hatte in seiner Stellungnahme signalisiert, dass er das Postulat entgegennehmen wolle. Marianne Oswald (Grüne) verwies in ihrem Redebeitrag auf Aktivitäten in anderen Gemeinden und in der Stadt Zürich. Erwin Lauper (SVP) bediente wieder einmal eines seiner beiden Standardthemen (das sind Beanspruchung der Verwaltung durch das Parlament und Behinderung des Verkehrs) und behauptete, das Postulat sei überflüssig und verursache unnötige Kosten in der Verwaltung, weil die Stadt die Forderungen bereits seit 2015 im Landschaftsentwicklungskonzept (LEK) verankert habe. Angelika Sulser (SP) erklärte:

Wir von der SP unterstützen die Förderung und den Schutz der Artenvielfalt. Wie wir bereits gesehen haben, sind auf der Wachtbrücke Tröge mit verschiedenen Blumen und Pflanzen bepflanzt worden, die der Förderung der Biodiversität dienen. Es ist wichtig, dass, das Landschaftsentwicklungskonzept LEK gerade bei grösseren Projekten, bei Neu- oder Umbauten miteinbezogen und überprüft wird, wenn dies noch nicht so ist. Somit ist es aus unserer Sicht erwünscht, dass es Verbesserungen gibt und dass die Stadt aktiv dranbleibt.

Patrick Sager (FDP) meinte, dass die Artenvielfalt in der Schweiz nicht in einem guten Zustand sei. Das LEK sei bereits einige Jahre alt, weshalb die FDP eine Überweisung des Postulats unterstütze. Marianne Oswald (Grüne) fügte hinzu, dass den Postulanten das LEK selbstverständlich bekannt sein, dass aber Papier auch geduldig sei. Schliesslich wurde das Postulat mit 21 gegen 7 Stimmen der SVP und FW unterstützt.

Verabschiedungen

Insgesamt wurden sieben ausscheidende Ratsmitglieder verabschiedet. Vier waren mit der Wahl ausgeschieden, darunter unser Fraktionsmitglied Katya Willimann. Drei Ratsmitglieder wurden gleichzeitig in ein Exekutivamt gewählt und nahmen deshalb ihre Wiederwahl in den Gemeinderat nicht an, darunter unser Fraktionsmitglied Angelika Sulser.

Katya Willimann ist Anfang 2020 für den ausgeschiedenen Davide Loss in den Grossen Gemeinderat nachgerückt. Mit beeindruckender Hartnäckigkeit hat sie sich eingearbeitet und in unserer Fraktion Themen besetzt - wie beispielsweise das Plastik-Recycling, die Entwicklung der Mietzinsen in Adliswil und zuletzt die Tagesschule. In den zwei Jahren hat sie fünf Vorstösse eingebracht. Man hat ihr angemerkt, dass ihr die politische Arbeit Spass macht und sie ihr Mandat sehr ernst genommen hat. Umso enttäuschender war es für die gesamte SP-Fraktion, dass Katya kein weiteres Mandat von den Wählern erhalten hat. Mit ihrem Ausscheiden sinkt nicht nur erneut der Frauenanteil in der SP-Fraktion, sondern wir verlieren eine engagierte Kämpferin, die sich politisch noch Vieles vorgenommen hatte.

Angelika Sulser ist vor vier Jahren Mitglied der SP-Fraktion im Grossen Gemeinderat geworden und hat bereits in ihrem ersten Jahr gemeinsam mit anderen ein dringliches Postulat zur Klimapolitik eingebracht. Es folgten sechs weitere Vorstösse, zum Beispiel ein Postulat zu Planung und Realisierung eines Gemeindezentrums. Ihr Engagement ist vor allem auch deshalb bemerkenswert, weil in ihre Mandatszeit eine Schwangerschaft fiel. Bis kurz vor der Geburt hat sie sich zur Tüfihalle geschleppt und auf den unbequemen Bänken Platz genommen. Während ihrer Abwesenheit hat sie Kontakt zur Fraktionsarbeit gehalten und konnte so ohne Probleme ihre Arbeit wieder aufnehmen. Angelika ist mit dem zweitbesten Ergebnis der Fraktion wiedergewählt worden, hat sich aber trotzdem für das Ausscheiden aus dem Grossen Gemeinderat entschieden, um das gleichzeitig gewonnene Mandat für die Schulpflege zu übernehmen.

Am Ende der Sitzung gab der Ratspräsident einen Rückblick auf sein Amtsjahr und wurde anschliessend von mehreren Rednern verabschiedet.